

Meldung  
Kiel, 12.03.2019

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

## **SSW im Landtag**

Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80  
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76  
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300  
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: [info@ssw.de](mailto:info@ssw.de)

## **Langfristiges Ziel muss die Beitragsfreiheit bleiben**

*Zu den heute vorgestellten Eckpunkten der Kitareform erklärt der sozialpolitische Sprecher des SSW im Landtag, Flemming Meyer:*

(Nr. 084/2019) Entlastung der Eltern, Entlastung der Kommunen und Investitionen in die Kita-Qualität. Dies sind ohne Zweifel Ziele, die alle demokratischen Parteien im Landtag anstreben. Unterschiedlich sind allenfalls die Vorstellungen, wie sich diese Ziele am besten erreichen lassen. Sozialminister Heiner Garg hat heute einen konkreten Aufschlag zur großen Kitareform der Jamaika-Regierung gemacht. Und hier sind durchaus viele vernünftige Ansätze vorhanden. So begrüßen wir vom SSW ausdrücklich, dass die Landesregierung Wort hält und unserer Forderung nach interkommunaler Wahlfreiheit für die Eltern nachkommen will. Wie dies im Detail ausgestaltet wird, werden wir uns genau anschauen.

Ob 70 Mio. Euro für eine spürbare Stärkung der Kita-Qualität und der Erzieherinnen und Erzieher ausreichen, wage ich hingegen zu bezweifeln. Hier ist aus Sicht des SSW noch Luft nach oben.

Skeptisch bin auch ich bei der Höhe der Deckelung von Elternbeiträgen. Dass ein U3-Ganztagsplatz künftig maximal 288 Euro kosten darf, ist eine tolle Nachricht für Eltern in Ballungsgebieten, denn diese werden künftig deutlich entlastet. Doch was bedeutet es für Eltern in deutlich günstigeren Gemeinden, wenn das Land nun suggeriert, eine Gebühr von 288 Euro sei vertretbar? Und hier sage ich ganz deutlich: Ich erwarte, dass die Gelder auch



dort bei den Eltern ankommen. Die neue Regelung darf jedenfalls nicht dazu führen, dass Gemeinden ihre Elternbeiträge einfach auf die Höhe des Deckelbetrags anheben.

Gemeinsames Ziel muss weiterhin die Beitragsfreiheit bleiben. Hier müssen alle Ebenen am selben Strang ziehen.

Wenn wir die Beitragsfreiheit erreichen wollen, müssen neben den Elternbeiträgen auch die Kommunalen Belastungen deutlich sinken. Ob die Kitareform diesem Anspruch gerecht werden kann, bleibt im Ergebnis abzuwarten. Hier kann ich die Skepsis der Vertreter von Gemeinden und Landkreisen durchaus nachvollziehen.

Unterm Strich wird sich das Reformpaket an den drei Schwerpunkten messen müssen, über die wir uns alle einig sind: Entlastung der Eltern, Entlastung der Kommunen und Investitionen in die Kita-Qualität. Und genau das werden wir tun.

